



## Hoch auf den Bäumen gegen Umweltzerstörung

Im Hambach will der Energiekonzern RWE einen Braunkohletagebau erweitern und dafür den Wald abholzen. Naturschützer versuchen seit 6 Jahren die Rodung zu verhindern. Die Polizei wurde vor vier Wochen geschickt, um die Proteste zu beenden und für RWE den Weg frei zu machen. Nachdem ein Journalist gestorben ist, wurde die Räumung kurz ausgesetzt, aber seit ein paar Tagen sind die Bullen wieder am Werk.

Es geht nicht nur darum, einen Wald im Rheinland zu retten. Klimawandel durch CO<sub>2</sub>-Emissionen ist kein Witz.

### 1,5 oder 2 Grad Erwärmung: es droht die Katastrophe

2015 versammelten sich Politiker verschiedener Länder in Paris. Damals ging es noch darum, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. Das Abkommen von Paris hatte dieselbe Wirkung wie das Kyoto-Protokoll (1997)... heute diskutieren die Experten eher das 2-Grad-Szenario. Trotz allen Wissens um den Klimawandel wird das Problem nur schlimmer. Laut Institut für Klimafolgenforschung in Potsdam bedeutet „jedes Zehntel Grad Temperatursteigerung ein größeres Risiko für unsere Gesellschaft“. Allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten sind 18 der wärmsten Jahre seit Beginn der Messreihen 1850 registriert worden. Die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre ist die höchste in drei Millionen Jahren. Mit dem Klimawandel sind Hitzeperioden, Starkregenfälle, festgefahrene tropische Stürme, tödliche Kältewellen sowie heftigere Waldbrände zu erwarten. Wissenschaftler diskutieren, ob wegen der rasanten Erwärmung der Arktis bereits der Höhenwind auf der Nordhalbkugel – der Jetstream – an Stärke und Geschwindigkeit verliert, und so zu langandauernden Wetterextremen führt.

In den armen Ländern sind die Folgen besonders schlimm. Laut einem im März veröffentlichten Bericht der Weltbank könnten bis 2050 150 Millionen Menschen aufgrund von Dürren, Missernten und steigendem Meeresspiegel ihr Zuhause verlieren.

Die Politik behauptet die „Fluchtursachen“ in den armen Ländern bekämpfen zu wollen. Eine der ersten Maßnahmen wäre, Kohlekraftwerke zu verbieten und die Konzerne für die Umweltschäden und alternative Jobs bezahlen zu lassen. Aber stattdessen sitzen die Konzerne mit Politikern in einer „Kohlekommission“, um über die Zukunft der Kohleindustrie zu labern. Unsere Zukunft liegt in den Händen derjenigen, die mit Kohle Milliarden verdienen! Und was die armen Länder angeht, ist der Regierung das Leiden der Bevölkerung

dort völlig egal. Ihr Ziel ist eigentlich nur die Geschäftemacherei der großen Unternehmen zu verbessern.

### Die Regierung unterstützt die Umweltzerstörer

Kein Politiker will die Profite der Kapitalisten antasten. Ältere Braunkohle-Kraftwerksblöcke im Rheinischen Revier und in der Lausitz sollen ohnehin in ein paar Jahren stillgelegt werden und sind bereits vom Netz genommen. Ob RWE jemals die Kohle unterm Hambacher Forst verfeuern wird, ist nicht mal sicher. Trotzdem steht die NRW-Landesregierung hinter RWE. In dem Fall geht es um ein Symbol. Der uralte Eichenwald gegen die Kohleverstromung. Noch dazu werden die Stilllegungen versüßt. Für die Abschaltung von sieben alten Kohlekraftwerken werden Vattenfall, RWE und MIBRAG 1,6 Milliarden bekommen.

### Kapitalismus stinkt zum Himmel

Die Energiekonzerne sind aber nicht die einzigen, die die Luft verpesten. Seit Jahren verkaufen Autohersteller Dieselfahrzeuge, die in Massen Stickstoffoxide in die Luft blasen. Die Probleme in Ballungsgebieten sind inzwischen so groß, dass Fahrverbote in Erwägung gezogen werden. Die Regierung will das Problem mit den Dreckschleudern „lösen“, indem die Autokonzerne nur einen Teil der Kosten für die Umrüstung übernehmen müssen. Anders ausgedrückt: Autofahrer sollen zahlen, um weiter fahren zu können, oder neue Autos kaufen. Also keine Strafen für die Geier und sogar berechnete Hoffnungen auf steigende Kaufzahlen. Die treuen Freunde in der Regierung sorgen dafür, dass die Dieselmotoren für die Autoindustrie nicht zum Alptraum werden.

Wir sind bereits mitten in einem Wettlauf um die Zeit, bis uns die Umwelt um die Ohren fliegt. Welche Maßnahmen nötig und möglich sind, um den Wettlauf zu gewinnen, ist längst bekannt. Nur, die großen Konzerne sind nicht bereit, auf Gewinne zu verzichten. Und so versauen sie uns unsere Zukunft mit ihren Technologien und kapitalistischen Methoden von vorgestern... bis wir sie aufhalten.

# Von Kolleg\_innen für Kolleg\_innen...

## **Tarifrunde vor der Tür**

Jetzt hat auch die EVG-Spitze die Forderungen auf den Tisch gepackt: wie die GDL 7,5% mehr Geld und einige Verbesserungen bei der Arbeitszeit. Am 11. Oktober soll die erste Verhandlungsrunde der EVG mit dem DB Vorstand laufen, am 12. Oktober dann mit den GDL-Chefs... die Bahn lässt einen nach dem anderen antreten. Was die Verhandler der Bahn wohl dem einen sagen und dem anderen nicht? Die Bahn weiß, was sie ihnen sagt. Aber auch wir Bahner wissen nicht was hinter den Türen gesprochen wird.

Dabei sind unsere Forderungen als Beschäftigte so gleich wie unsere Arbeitsbedingungen schlecht sind. Es ist Zeit etwas zusammen auf die Beine zustellen, was uns allen nutzt.

## **Stößchen**

Einen riesigen Aufriss hat es bei der Innotrans um die neue S-Bahn gegeben, mit Werbegeschenken in Massen und Buchner mit Sekt und Senat. Ja, feiern können sie...

So wie die sich freuen, könnte man meinen, die basteln die Züge persönlich zusammen und nicht die Kollegen in Osteuropa und bei Stadler in Berlin...

Was sie dabei versuchen, ist das Interesse der S-Bahner an den neuen Zügen als Begeisterung für das Unternehmen zu verkaufen (hat schon unter Honecker nicht funktioniert). Uns interessiert vor allem, ob man gut gucken sitzen und alles bedienen kann.

## **Tatverdächtig?**

Ab dem nächsten Jahr geht es los, dass in allen S-Bahn-Zügen Videokameras eingebaut werden sollen. Wer wird was sehen und wohin weitergeben?

Warum sollen wir eigentlich bei der Arbeit gefilmt werden? Sind wir Verbrecher oder besteht etwa dringender Tatverdacht der Unternehmenskritik?

## **Gewinn trotz Strafe**

Der Berliner Senat kassiert für 2017 ganze 22 Millionen an Strafe wegen Schlechtleistung, „nur“ noch 240 Millionen zahlte der Senat. Nicht schlimm!

Trotzdem flossen 70 Millionen Euro Gewinn an den DB Konzern.

DB Regio soll wegen Vertragsverletzungen 3,8 Millionen zurückzahlen.

Der Nahverkehr wird trotzdem weiter der Gewinnbringer bleiben. Es kommt immer was nach: unsere Steuern (die Unternehmen zahlen fast keine) und die Ticketpreise, die die Fahrgäste von ihrem Lohn zahlen.

## **Zufriedenheit per Abfrage**

Der DB Konzern fragt gerade wieder nach, wie es uns denn so geht. Wohl nicht um nachzusteuern, wenn es uns besch... geht. Wohl eher um zu sehen, wo man noch was abschöpfen kann. Also, nicht vergessen, das Kreuz an der falschen Stelle zu machen, damit die DB Manager auch mal feststellen können, wie es ist, verhöhnepipelt zu werden.

## **Verrückte DB Welt**

Weil bei Regio in Lübeck Lokführer fehlen, sollen Lokführer aus dem Süden in den Norden abgeworben werden. Und was ist mit dem Süden? Werden jetzt schon Leute geklont? Auch bei Nordost heißt es, Lokführer würden eingestellt, kein Personalmangel mehr in Zukunft, es sei denn, der Herbst macht einen Strich durch die Rechnung.

Um positive Nachrichten produzieren (und ihre Prämien sichern?) zu können, locken die Chefs bei Regio mit ein paar Tausend Euro, Bezahlung Hotel/Pension, Fahrkarten und schöneren Dienstplänen. Dass woanders dann Züge ausfallen, gehört zu den Verrücktheiten bei der DB.

Für die Kollegen vor Ort, die bleiben, wird's nur schlechter. Für die, die die Gelegenheit nutzen und für eine Zeit gehen, ist es auch nicht so leicht. Die DB setzt darauf, dass wir das dann unter uns austragen und mit dem Finger aufeinander zeigen.

Deshalb brauchen wir echte Neueinstellungen mit Ausbildung und familienfreundliche Arbeitszeiten für alle!

## **Merkel verspricht bessere Arbeit... für die Industrie**

Auch die Wirtschaft ist von dem hickhack um Maaßen entnervt. Beim Tag der Deutschen Industrie in Berlin verlangten sie, dass die Regierung mit den Selbstgesprächen aufhören und sich endlich wieder mehr kümmern solle... um die Beziehung zur Wirtschaft! Die Wirtschaftsvertreter verlangen vor allem eine Senkung der Unternehmenssteuern. Die USA haben schon die Steuern gesenkt, hier ist das bisher nicht passiert, das grenze schon „an unterlassene Hilfeleistung“, beklagen sie sich. Und sie fordern mehr Investitionen, also Milliardenaufträge an die Industrie. Und das alles bei den Rekordgewinnen!

Regierungskrise oder nicht, die Wirtschaft macht, was sie immer macht, der Staat hat ihnen zu Diensten zu sein.

**Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...**

**flugblatt\_bahn@gmx.de || www.sozialismus.click || facebook: RSO Deutschland**